

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



Nullerjahre

Wilhelm Heitmeyer Ein Gespräch über die Deutschen Zustände Franz Walter
Gefühlswelten in den Nullerjahren Eunike Piwoni Der Identitätsdiskurs nach
der Jahrtausendwende Frank Uekötter Über Atomausstiegsdebatten
Jürgen Hartmann Honeckers Staatsbesuch 1987

EDITORIAL

≡ Jöran Klatt/Michael Lühmann/Matthias Micus

Der Jahreswechsel des 31. Dezember 1999 zum 1. Januar 2000 – in die sogenannten Nullerjahre – verlief verblüffend gewöhnlich angesichts allerlei apokalyptischer Szenarien, die im Vorfeld beschworen worden waren. Sprach die Medienöffentlichkeit noch zuvor von den katastrophalen Folgen der Jahrtausendwende, so wachten die Menschen am ersten Januar doch in einer auffallend gleichen Welt auf, mit den gleichen Problemen und der gleichen Alltäglichkeit wie in den Jahren zuvor.

Dennoch: Es war ein neues Jahrtausend angebrochen. Bis von den Nullerjahren als einer möglichen Zäsur gesprochen wurde, sollte es allerdings noch beinahe zwei Jahre dauern. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden gewohnte Sicherheiten erschüttert. Hatte man in den 1990er Jahren noch gedacht, man sei in einer nun endgültig von Amerika dominierten – und das hieß zugleich: in einer entlang universal gültiger Werte sich in demokratischen Staatswesen organisierenden – Weltordnung angekommen, die Francis Fukuyama etwas leichthändig mit dem »Ende der Geschichte« gleichsetzte, so schienen alle derartigen Diagnosen und Thesen mit dem Einsturz der beiden Türme des World Trade Center obsolet.

Waren die Nullerjahre also im Wesentlichen ein Jahrzehnt neuartiger Verunsicherung oder, noch pointierter: der *Entsicherung*? So lautet jedenfalls die Bilanz, die der emeritierte Bielefelder Wilhelm Heitmeyer aus einem die Zäsuren übergreifenden Forscherleben zieht. Die Globalisierung, so Heitmeyer, habe zu Kontrollverlusten von Politik und Nationalstaat sowie Kontrollgewinnen des seine Interessen rücksichtslos und autoritär durchsetzenden globalisierten Kapitals geführt – mit der Folge zahlreicher Kontrollverluste und tiefgehender Desintegrationsprozesse aufseiten der Bevölkerung.

Ökonomisch rahmen Finanzkrisen das Jahrzehnt, beginnend mit der Dotcom-Blase des Jahres 2000 und endend mit den bis heute unabgeschlossenen Folgewirkungen der als Bankenkrise startenden weitreichenden Erschütterungen in den Jahren 2007 und folgende, welche die Privatvermögen ebenso wie die Staatshaushalte und die europäische Gemeinschaftswährung betrafen. Ökologisch reichten die Nullerjahre von der Entdeckung des *Anthropozän* im Jahr 2000 bis zur explodierten Ölplattform Deep Water Horizon und den Waldbränden um Tschernobyl 2010. Und nachdem den Grünen die Ökologie als Thema zunächst verloren gegangen schien, wurde es ab 2005 in intensiv

geführten Debatten über die Grenzen des Wachstums wiederentdeckt, halb gipfelnd, halb die Debatte abbrechend in Forderungen nach einem ökomodernistischen Green-New-Deal.

Schließlich die Bürgergesellschaft: Nicht zuletzt aufgrund des unter neoliberalen Auspizien sich vollziehenden Rückbaus staatlicher Regelungsleistungen sowie infolge der fortschreitenden Erosion der Volksparteien als den zentralen Transmissionsriemen zwischen der Gesellschaft und dem Staat verbunden sich in den Nullerjahren denkbar kühne Erwartungen mit der nun in Fest- und Sonntagsreden beständig hoffnungsfroh angerufenen Bürger- bzw. Zivilgesellschaft. Insbesondere auch im Rückblick und vor dem Hintergrund fremdenfeindlicher Bürgerpartizipation etwa bei den »PEGIDA«-Demonstrationen stellt sich diesbezüglich freilich die Frage, was von der süßen Utopie der Bürgergesellschaft geblieben ist? Ist sie tatsächlich der neue Ort zeitgemäßer politischer Beteiligung? Fundamentiert sie im Unterschied zu repräsentativen Institutionenordnungen eine unmittelbarere, unverfälschte Form der Demokratie? Oder impliziert der positiv konnotierte Begriff des Bürgers zugleich die Abwertung alles Nicht-Bürgerlichen – und verschärft auch dadurch die ohnehin gewachsene Ungleichheit, etwa indem sie »nach unten« noch weniger offen ist als die ob ihrer vermeintlich hermetischen Strukturen beständig kritisierten Parteien?

Letztere waren in der auf den Jahrtausendwechsel folgenden Dekade mit einer neuen Qualität des Vertrauensentzugs konfrontiert. Kritik, Ablehnung und Verdrossenheit: In diesen Schlagworten bündeln sich weitverbreitete Haltungen gegenüber den Parteien und dem von ihnen rekrutierten politischen Personal. Gleichzeitig gewann die Parole der Authentizität, schon ein Jahrhundertwechsel zuvor in der Lebensreformbewegung unter dem Begriff der Echtheit popularisiert, eine gesteigerte Zugkraft. Vielleicht mehr denn je war im frühen 21. Jahrhundert Authentizität eine Schlüsselerwartung an individuelles Verhalten, dies allgemein, insbesondere aber mit Blick auf die Inhaber von Führungsämtern und vielleicht noch einmal im Speziellen an Spitzenpolitiker. Doch auch im Fall der Authentizität ist die Verheißung nicht ohne Ambivalenzen. So liegt etwa der Einwand auf der Hand, die Realität der einen sei mitnichten zwangsläufig auch jene der anderen – und was jene als authentisch empfänden, das könne diesen unecht erscheinen. Abgesehen davon, dass durchaus fraglich ist, ob authentisch sein kann, wer sich mit der Ausstellung seiner vermeintlichen Authentizität den Imperativen einer Gesellschaft fügt, die den Echtheitskult zur Norm erhoben hat.

Und noch grundlegender ließe sich einwenden, dass die Nullerjahre insgesamt, so einschneidend der 11. September und seine geopolitischen Folgen

auch gewesen sein mögen, so neuartig selbst danach auch wieder nicht waren. Das Leben ging weiter. Das galt zumal auf der strukturellen Ebene – auch im neuen Jahrtausend bestanden die vertrauten Institutionen fort, rekrutierten die Parteien das politische Personal, blieben Wahlen das zentrale Instrument zur Artikulation des Volkswillens. Aber auch die politischen, sozialen, kulturellen Phänomene und Trends richteten sich – wie stets – nicht nach den Jahreszahlen und Dekadenwechseln. Zwar kamen in den Nullerjahren die Smartphones auf – doch ein Thema war die aufkommende Digitalisierung schon in den 1980er und 1990er Jahren in Politik und Gesellschaft gewesen. Insofern dominieren vielfach Kontinuitäten, Traditionsüberhänge, Fortsetzungen von Entwicklungen, die bereits vorangegangene Jahre und Jahrzehnte kennzeichneten.

Die vorliegende Ausgabe von *INDES* möchte sich angesichts dessen mit dem Jahrzehnt der Nullerjahre befassen, sie will zurückblicken und dabei, noch ganz nah dran, eintauchen in die politisch-sozialen Ereignisse, Strukturen, Mentalitäten dieser Zeit. Kurzum: Es soll ein früher und noch längst nicht archivalisch abgesicherter Blick auf die Frage geworfen werden, was die Nullerjahre kennzeichnet, was sie charakterisiert. Wir wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

INHALT

	1	Editorial	≡ Jöran Klatt/Michael Lühmann/Matthias Micus
>> INTERVIEW	7	»Was als normal gilt, kann nicht mehr problematisiert werden«	≡ Gespräch mit Prof.Dr.Wilhelm Heitmeyer über Deutsche Zustände, Parallelgesellschaften und die Lockungen des Linkspopulismus
>> ANALYSE	21	Zwischen Hoffnung, Depression und gelassenem Fatalismus	Deutsche Gefühlswelten in den <i>Nullern</i> ≡ Franz Walter
	37	Volksparteienerosion und schwarz-blaue <i>Wende</i>	Die Nullerjahre in Österreich ≡ Peter Filzmaier
	46	Tragen Beschäftigte wieder ihre Haut zu Markte?	Arbeit und Gesundheit in den Nullerjahren ≡ Karina Becker
	54	Sporadische Durchbrüche und plötzliche Gewissheiten	Ein Jahrzehnt mit vergessenen Weckreizen ≡ Helmut Lethen
	59	Zur urbanen Ökonomie des Teilens	Airbnbs Einfluss auf den städtischen Raum ≡ Luise Stoltenberg
	66	Zweierlei Ausstieg	Über die Virtualisierung der ökologischen Debatte ≡ Frank Uekötter

- 74 **Von Spider-Man bis Wolverine**
Das Superheldenkino ab dem Jahr 2000
≡ Jöran Klatt
- 83 **Ein deutsches Jahrzehnt?**
Der deutsche Identitätsdiskurs als ein *Happy End* unter Vorbehalt
≡ Eunike Piwoni
- 93 **Medien- und/oder Geschichtszeit**
Vom Ende der Erzählbarkeit
≡ Wolfgang Ernst
- >> **ESSAY** 101 **Why Does My Heart Feel So Bad?**
Ein Essay über die Nullerjahre
≡ Alexa Hennig von Lange

PERSPEKTIVEN

- >> **DEBATTE** 107 **»Mehr als das Leiden an
Beschäftigungsbedingungen«**
Zur Lage deutscher Universitäten
≡ Katia H. Backhaus
- >> **ANALYSE** 121 **Kehrseite des Technokratismus**
Vergleichende Notizen zum neueren westlichen Rechtspopulismus
≡ Detlef Lehnert
- >> **ESSAY** 133 **Wenn das Zeremoniell zu Politik wird**
Honeckers Besuch in der Bundesrepublik im September 1987
≡ Jürgen Hartmann



SCHWERPUNKT:
NULLERJAHRE

Ohnnmaac
Verschlafen
Abriüstu

»WAS ALS NORMAL GILT, KANN NICHT MEHR PROBLEMATISIERT WERDEN«

≡ Gespräch mit Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer über Deutsche Zustände, Parallelgesellschaften und die Lockungen des Linkspopulismus

Sie haben sich in Ihrer Langzeitstudie »Deutsche Zustände« über die Jahre hinweg intensiv mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft beschäftigt, haben diese beobachtet und analysiert und konnten dadurch deren Entwicklungen sichtbar nachvollziehen. Wie würden Sie den Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Atmosphäre in den 1990er und den 2000er bzw. den Nullerjahren beschreiben? Was für einen Umbruch hat es da gegeben?

Um Ihre Frage zu beantworten, möchte ich gern etwas weiter ausholen, weil auch der Fundus, auf dem unsere Untersuchungen beruhen, breiter ist, als die Langzeitstudien suggerieren. Bereits vor der Jahrtausendwende haben wir uns mit globalisierungsbedingten Herausforderungen beschäftigt, der daraus entstandene Band trägt den Titel »Schattenseiten der Globalisierung«¹. Schon damals ging es um Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischen Regionalismus in westlichen Demokratien – dies zu einem Zeitpunkt, als das noch nicht die große Frage war, aber es erschien uns notwendig. Der Antrieb war schon zu diesem Zeitpunkt, ein Gespür dafür zu entwickeln, was sich außerhalb des Mainstreams beobachten lässt. So haben wir Mitte der 1980er Jahre auch die ersten Untersuchungen zu Fußballfans durchgeführt, zu Gewalt in den Stadien, als es noch gar keine Fanprojekte und dergleichen gab. Später, Mitte der 1990er Jahre, haben wir dann bereits eine Untersuchung zum verlockenden Fundamentalismus, also vor allem zu islamistischen Einstellungen bei türkischstämmigen Jugendlichen, durchgeführt – eine Untersuchung, die mir gar nicht gut bekommen ist, die intensiv bekämpft wurde.

Der Hintergrund oder die Rahmung der Zehnjahresstudie zu den Deutschen Zuständen wird eigentlich gelegt im Aufsatz »Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus«². Ab 2001 durfte man

1 Dietmar Loch u. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 2001.

2 Wilhelm Heitmeyer, Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch u. Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 2001, S. 497–530.

den Begriff des Kapitalismus eigentlich gar nicht mehr verwenden – es war schließlich die Hochzeit des Neoliberalismus und da war der Kapitalismusbegriff natürlich verpönt. Die tragende These für diesen Ansatz war da bereits, dass sich ein Kapitalismus herausgebildet hatte, der in der Lage schien, seine Maxime ungehindert zu verwirklichen. Das heißt, dass sich im Zuge der Globalisierung ein Kontrollverlust des Nationalstaates, auch des demokratischen Nationalstaates, zugunsten eines Kontrollgewinnes des globalisierten Kapitals ergeben hat, das seine Forderungen nun rigide durchzusetzen vermochte. Vor diesem Hintergrund sind im Hinblick auf die Bevölkerung zahlreiche Kontrollverluste bzw. Desintegrationsprozesse entstanden, also politische Kontrollverluste, individuelle Kontrollverluste, die dann – so die weitere Argumentation – mit dem zusammenhängen, was ich Demokratieentleerung genannt habe. Später ist von Colin Crouch die Postdemokratie ausgerufen worden. Wir waren da ein bisschen früher dran mit der Demokratieentleerung. Das heißt, formal funktioniert das System natürlich weiter. Aber es ist auch ein Teil des Problems. Die heutigen Vertrauensverluste deuteten sich damals schon an. Diese Kombination aus sozialer Desintegrationsbefürchtung – und wir haben ja unsere Theorie sozialer Desintegration immer mal wieder ausgebaut und versucht, sie in empirischen Untersuchungen umzusetzen – und Vertrauensverlusten führte zu der damals zentralen These: Der Gewinner dieser Entwicklung des autoritären Kapitalismus, der Desintegration, der Demokratieentleerung, wird der rabiate Rechtspopulismus sein. Das war die These im Jahr 2001. Die Frage, die mich heute umtreibt, ist die nach Veränderungen vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage. Was ist eingetroffen? Aber auch: Wo waren die Einschätzungen falsch und worauf muss man zukünftig achten?

Was hat sich geändert, wenn man die Nullerjahre mit dem Jahrzehnt davor vergleicht?

Ich habe in einem summarischen Kapitel am Anfang von Band 10 versucht, eine Charakterisierung vorzunehmen mit dem Begriff des »entsicherten Jahrzehnts« – dies im Gegensatz zu den 1990er Jahren. Das Schlüsselereignis für diese Entsicherung sehe ich vor allem im 11. September 2001. Denken Sie nur daran, dass die Gruppenzugehörigkeiten von Migranten vorher immer nach ethnischen Kategorien aufgestellt wurden und sie seither, im Zuge dieses Ereignisses, entlang religiöser Glaubensbekenntnisse klassifiziert werden. Dabei mündet Entsicherung keineswegs zwangsläufig in Terrorismus. Entsicherung zeigt sich überhaupt in vielerlei Formen, die zum einen Teil intensiv thematisiert worden sind, die es als schleichende Prozesse zum

anderen Teil aber nicht auf die öffentliche Agenda geschafft haben und auf die wir mit unseren Forschungen hinweisen wollten. Weitergeholfen hat hier, trotz aller daran anschließenden Kritik, vor allem das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, mit dem wir die gesellschaftlichen Be-
findlichkeiten in unserer Langzeitstudie abgebildet haben. Dieses Konzept rührt daher, dass ich nicht damit einverstanden war, gesellschaftliche Ausgrenzung, wie es üblich war, allein auf den Rassismusbegriff zu reduzieren. Denn durch diesen Begriff und seine allgegenwärtige Verwendung wurden sozusagen Opfer erster und zweiter Klasse entwickelt und benannt. Schließlich hatte der Rechtsextremismus selbstverständlich auch andere Gruppen im Visier – denken Sie an Wohnungslose oder Menschen mit Behinderung. Uns ging es also darum, den Blick zu weiten, die ganze Bandbreite der Ideologien von Ungleichwertigkeit – das ist ja der Kern des Konzeptes und hält die verschiedenen Facetten zusammen – abzubilden, um auf diesem breiteren Fundament ein genaueres Gesellschaftsbild zeichnen zu können. Soviel zur Vorgeschichte, zur Rahmung des Unterfangens.

Worauf haben Sie sich konzentriert?

Wir haben 2002 in Band 1 versucht, den Rechtspopulismus zu vermessen, unsere Kriterien waren: autoritäre Aggressionen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Damals – wir haben die Kriterien hoch angelegt, alle Items mussten auf der höchsten Ebene beantwortet bzw. bejaht werden – gab es unserer Analyse zufolge ein rechtspopulistisches Potenzial von zwanzig Prozent in der Bevölkerung. Wir haben diese durchaus explosive Analyse dann natürlich veröffentlicht. Niemand hat darauf reagiert, schon gar nicht die politischen Parteien, die sich diesbezüglich über die Jahre hinweg in einem ausgeprägten Autismus befunden haben, mit ganz wenigen Ausnahmen.

Wenn Sie von Entsicherung, Desintegrationsprozessen, Demokratieentleerung sprechen und darauf hinweisen, dass deren Ursprünge früher liegen: Ist dann das vergangene Jahrzehnt, sind die Nullerjahre nur eine Art von Zwischenjahrzehnt ohne wirklich eigenes Gepräge, in dem vieles weiterwirkt, sich zuspitzt und vielleicht erst jetzt handfest greifbar wird, dessen Ursprünge aber noch im alten Jahrtausend liegen? Oder könnte man sagen, in den Nullerjahren beobachten wir mit der Verschiebung vom Ethnischen aufs Religiöse, mit dem endgültigen Durchbruch des Kapitalismus und der Entsicherung im Zuge eines international agierenden Terrorismus etwas qualitativ völlig anderes?

Jedenfalls ist die Religion durch 9/11 in besonderer Weise auf die politische Agenda zurückgekehrt, gerade in der Formulierung von Gruppen-

zugehörigkeiten und Gruppengrenzen. Auf der einen Seite kamen Bedrohungsgefühle auf, ganz besonders in den USA. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite ist die tiefe Verunsicherung, die sich damals ausbreiten begann, die zentral mit den Schattenseiten der Globalisierung, die sich damals andeuteten, und den daraus resultierenden Kontrollverlusten zusammenhängt. Diese Verunsicherung betrifft alle drei Dimensionen der Desintegrationstheorie: die Frage des Zugangs zu den Funktionssystemen Arbeit, Wohnung etc. und den damit verbundenen Anerkennungen über den Beruf, den Job und das Wohnviertel; dann die Verunsicherungen in der institutionellen Dimension: Habe ich oder hat meine Gruppe eine Stimme in der Öffentlichkeit? Werde ich gehört oder wahrgenommen von den politischen Eliten? Mittels des Vertrauensverlustes oder dessen, was wir Demokratieentleerung nennen, wurde diese Verunsicherung immer deutlicher. Die dritte Dimension ist die Frage von Zugehörigkeiten zu stabilen Milieus und dem Aufgehobensein in diesen. Das alles wurde nach unserer Wahrnehmung brüchiger. Insofern sind die Nullerjahre für mich, vor dem Hintergrund der sich ungeheuer beschleunigenden Schattenseiten der Globalisierung, so etwas wie der Impulsgeber oder Resonanzboden für das, was wir heute breit diskutieren.

Bereits 2002 haben wir individuelle rechtspopulistische Einstellungen gemessen, die sich noch nicht im Öffentlichen artikulierten, sondern gewissermaßen hinter den Gardinen verblieben. Das hat sich geändert, indem sich neue Bewegungen und Parteien wie »PEGIDA« und die AfD formiert haben. Der Ursprung dieser Entwicklung liegt in den Nullerjahren, den Jahren der Krise: Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Demokratiekrise. Wir können von Glück sagen, dass es keine kumulativen Krisen waren, sondern dass sie nacheinander entstanden und so immer in unterschiedlicher Weise, bei allen weiterbestehenden Unsicherheiten, auf verschiedene Art verarbeitet werden konnten: von Verdrängung bis hin eben zu Ängsten oder Zweifeln, ob man schwache Gruppen in der Gesellschaft noch mitnehmen könne.

Was waren die Folgen der geballten Krisenerfahrungen und Unsicherheitsgefühle?

Auf der einen Seite zeigt sich hier die Entwicklung zu einer »rohen Bürgerlichkeit« hinter einer noch weitgehend glatten Fassade mit geschliffenen, aber doch massiven Worten im Lodenmantel, wenn man so will. Und auf der anderen Seite stehen diejenigen aus den unteren sozialen Gruppen, die sich lautstark beteiligen. Nach der Finanzkrise ist die Bedeutung rechtspopulistischer Einstellungen jedenfalls deutlich angestiegen. Und das war noch vor »PEGIDA« und auch vor der AfD in ihrer jetzigen Verfassung! Das heißt, das Potenzial war bereits durch die Demokratieentleerung samt gefühlter

Einflusslosigkeit im Rahmen von Vertrauensverlusten da. Diese Empfindung von Einflusslosigkeit ist zwischen 2009 und 2011 – immer noch auf der individuellen Ebene, bis dato ohne verbindende politische Formation – dann deutlich gestiegen. Einflusslosigkeit ist immer eine wichtige Voraussetzung für Wut, ebenso für individuelle Gewaltbereitschaft. Ein drittes Moment ist die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen. Die ist in dieser Zeit merklich angestiegen. Und dann ist es offensichtlich den rabiatierten Mobilisierungsexperten von »PEGIDA« gelungen, aus diesen individuellen Ohnmachtsgefühlen kollektive Machtfantasien zu entwickeln, wie das bei den Demonstrationen insbesondere in Dresden und dann bei den verschiedenen Ablegern deutlich geworden ist. Hinzu kam noch die AfD. Angesichts dieser Prozesse haben wir frühzeitig versucht, deutlich zu machen, dass die tiefe Verunsicherung individueller Art und die Entsicherung schützender Strukturen zusammengewirkt und sich zu einem explosiven Dauerzustand verfestigt haben. Es ist eine Nervosität und auch an vielen Stellen Bitterkeit sichtbar geworden, die ich so in den 1990er Jahren eigentlich nie gespürt habe: ein Wandel des politischen Klimas, der von der politischen Seite, von den politischen Eliten, kaum wahrgenommen wurde. Da gab es ganz eindeutig eine selektive Unaufmerksamkeit. Die Politik hat ja erst auf diese schleichenden Prozesse reagiert, als sich das parteiförmig verbunden hat und sichtbar geworden ist; aber auf soziale Bewegungen reagierte sie zunächst nicht.

Wie erklären Sie sich das?

Das Problem der schleichenden Prozesse, die dann eskalieren, kann man auch auf andere Phänomene wie den Rechtsextremismus beziehen. Wir haben dazu ein Eskalationsmodell ausgehend von den Einstellungsmustern, also der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, aufgestellt. Das kann man sich bildhaft wie eine Zwiebel vorstellen: Die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist dabei die äußere Schale; die nächste Schale sind dann rechtspopulistische Bewegungen und die AfD, die solche Einstellungsmuster aufsaugen, ohne dass in diesen Bewegungen mit Gewalt operiert wird. Aber sie liefern gleichzeitig Begründungen für die nächste, kleinere Schale, nämlich systemfeindliche Milieus, die sich herausbilden und sehr wohl mit Gewalt operieren. Ob es die Partei »Die Rechte« ist, die sich jetzt zu formieren versucht, oder auch die NPD: Man hätte sich viel mehr um diesen bewegungsförmigen Rechtsextremismus kümmern müssen, der sehr agil ist und sich offensichtlich mit juristischen Mitteln nicht unterbinden lässt, weil die Akteure hinzugelernt haben in dem Sinne, dass sie unter dem juristischen Radar verschwinden. Das Eskalationsmodell geht dann weiter bis in die

Kameradschaften, die hochgradig gewaltaffin sind, bis hinein in die Unterstützungsgruppen des Terrors. Zwar gab es in der Tat 1992 vor dem Hintergrund der Asylbewegung die berüchtigten Angriffe und brennenden Häuser. Aber das war so ein *Peak*, der sich später zwar, was Straftaten in diesem Bereich angeht, auf höherem Niveau eingependelt hat – aber nicht in der Breite und mit den Mentalitäten wie derzeit. Diese sind ein Kennzeichen der Nullerjahre, das Ralf Dahrendorf in die Debatte eingebracht hat mit der Formel: Wir stehen am Anfang eines autoritären Jahrhunderts. Und da versuche ich jetzt in der Fortschreibung von 2001, vor dem diagnostizierten Hintergrund des riskanten Verhältnisses von autoritärem Kapitalismus und liberaler Demokratie, die autoritären Versuchungen zu verdeutlichen. Und man muss ja nur nach Ungarn oder Polen, nach Österreich und anderswo schauen, um festzustellen, dass immer stärkere autoritäre Angebotsstrukturen existieren, die in der Bevölkerung mit neuer Unterwürfigkeit und Folgebereitschaft verbunden sind.

Sehen wir nicht aber andererseits auch das genaue Gegenteil von Folgebereitschaft in Form einer neuartigen Schärfe der Elitenkritik? Und ist nicht in etlichen Organisationen und Institutionen eine Tendenz zur stärkeren Mitbestimmung der Basis erkennbar? Steht das nicht im Widerspruch zu der Diagnose vom autoritären Jahrzehnt?

Dieses Postulat von Dahrendorf zielte natürlich sehr auf die systemische Frage. Die Debatten im Feuilleton sind voll seit einiger Zeit: Woher kommt die Stärke des Autoritären? Beispielsweise wird in Russland unter Putin die Rechtssicherheit ebenso wie die Pressefreiheit ausgehöhlt. Mein Problem ist die Ungleichzeitigkeit. Politische Eliten reagieren erst, wenn bestimmte Zeitfenster für Interventionen im demokratischen Sinne von Partizipation, längst geschlossen sind, weil der Vertrauensverlust bei den Bürgern sich verfestigt hat. Hinzu kommt, dass wir, glaube ich, immer stärker in unseren Blasen und Echokammern leben und uns da gar nicht mehr herausbewegen. Es vollziehen sich bestimmte Entwicklungen, die wir auch gar nicht mehr beherrschen können. Beispielsweise in den sozialen Netzwerken: Diese sind einmal mit großen Hoffnungen auf die Demokratisierung der Gesellschaft entwickelt und propagiert worden, nun allerdings nicht mehr zu kontrollieren. Im Zuge dessen werden ganz andere, bisweilen eher asoziale Öffentlichkeiten hergestellt. Man kann den alten Begriff von Habermas nehmen, »Strukturwandel der Öffentlichkeit«, der mittlerweile aber eine ganz andere, unbeherrschbare Konnotation hat.

Mir geht es darum, schleichende Prozesse mehr zu beachten und nicht mit einer selektiven Unaufmerksamkeit durch die Gegend zu laufen, sondern die Normalisierungsmechanismen zu beschreiben. Denn das Gefährliche ist,

dass alles, was als normal gilt, nicht mehr problematisiert werden kann. Man kann sich sehr schnell von Extremen, der NPD oder meinetwegen auch der AfD, distanzieren mit ein paar moralischen Floskeln und schon ist man auf der richtigen Seite. Die Distanzierung vom Normalen fällt sehr viel schwerer. Denn wir wollen alle irgendwie zur Normalität dazugehören. Und diese Verschiebung von Normalitätsstandards, das ist meines Erachtens erst in den Nullerjahren, vor allem auch über das Medium Internet, in Gang gekommen. Das hat es in den 1990er Jahren so nicht gegeben. Der entscheidende Punkt ist, dass bestimmte Zeitfenster nicht gesehen worden sind bzw. auch von großen Teilen der Eliten diese Unaufmerksamkeit etwa gegenüber unseren Diagnosen und Warnungen gegeben war. Denn da ging es ja um keine Terrorfälle, welche die Öffentlichkeit kurzzeitig aufschrecken, sondern um die Frage: Was verschiebt sich da und aus welchen Gründen? Die Theorie der sozialen Desintegration liefert für das Verständnis der Situation zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten. Neuerdings wird darüber gestritten, ob man versäumt hat, Klassenpolitik oder Soziallagenpolitik statt Identitätspolitik in den Mittelpunkt zu rücken. Ich halte diese Gegenüberstellung, das Entweder-oder, für falsch; denn es sind durchaus unterschiedliche Dinge, die da falsch gelaufen sind. Unsere Gesellschaft geht nicht den Bach runter, weil die Grünen sich bloß um gemeinsame Toiletten gekümmert haben. Dahinter liegen meines Erachtens vielmehr der Vertrauensverlust in die Politik und das Nicht-wahrgenommen-werden. Das ist ja das Schlimmste: Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein Nichts. Darin liegt die Anziehungskraft populistischer und autoritärer Bewegungen. Meine These ist, dass viele der »PEGIDA«-Mitläufer gar nicht hinhören, was da auf dem Lautsprecherwagen gesagt wird, sondern dass das Wichtigste schlicht das Gemeinschaftsgefühl ist, der Eindruck, Teil einer großen Gruppe, eines Kollektivs, zu sein. Die sozialen Verschiebungen und die Vertrauensverluste in Institutionen, gekoppelt mit Desintegrationsbefürchtungen, die können wir über die Jahre kontinuierlich belegen. Das müssen gar keine harten Desintegrationserfahrungen sein, Desintegrationsgefühle oder -ängste reichen völlig aus.

Worin sehen Sie mögliche Mechanismen in der Politik, auf solche Krisen zu reagieren?

Die Grundthese ist, dass sich schon vor Beginn und dann natürlich im weiteren Verlauf der Nullerjahre das Verhältnis zwischen Politik und Kapital durch einen Kontrollverlust der nationalstaatlichen Politik auf der einen und den Kontrollgewinn des Kapitals auf der anderen Seite neu tariert hat. Der nationalstaatliche Kontrollverlust resultiert daraus, dass der autoritäre

Kapitalismus seine Maxime durchsetzen kann, derzufolge sich Unternehmen und Arbeitsplätze jeweils in dem Land mit den niedrigsten Lohnkosten ansiedeln. Das ist die eine Seite. Auf der Seite der Politik gab es – und das ist auch ein Teil des heutigen Problems – die Denationalisierung und die Einbettung in größere Verbände, die aber für die Menschen undurchschaubar sind.

Wie zum Beispiel die EU?

Ja, auch – und wer weiß schon in der Bevölkerung, was IWF heißt? Es sind die Anonymisierungen von Institutionen, die sich die Leute nicht mehr erklären und folglich auch nicht mehr mit Personen, mit Gesichtern in Verbindung bringen können. Diese Denationalisierung und Anonymisierung ist eines der zentralen Themenfelder bei der Untersuchung der Ursachen autoritärer Versuchungen; des Weiteren die soziale Desintegration; zudem das Gefühl der kulturellen Überfremdung; und schließlich die politische Entfremdung. Wenn dann noch Formeln postuliert werden wie von Angela Merkel jene der »marktgerechten Demokratie«, dann wird der ganze Wahnsinn der Vermischung vormals stärker getrennter Sphären so offensichtlich wie problematisch: Der Markt formuliert, was demokratisch nötig ist, und die Demokratie ist die Dienerin des Marktes. Das kapitalistische System selbst hat sich – durch die Öffentlichkeit sekundiert – in einen gesichtslosen, demokratieaushöhlenden Besitzerkapitalismus gewandelt, der sich dem Gemeinwesen nicht mehr verpflichtet fühlt. Das kann man auch auf den Immobilienmarkt übertragen: Es ist ja eine interessante Überschneidung, dass der Protest ausgerechnet in Dresden kulminiert, in einer Stadt, die sich von ihren Schulden freigekauft hat, indem sie den gesamten sozialen Wohnungsbau an einen amerikanischen Investor verkauft hat, der sich für das Funktionieren des Gemeinwesens nicht interessiert und dies in der Logik des hier Vorgetragenen auch nicht soll und darf. Kurzum: Wir sehen eine Verschiebung der Kontrollmöglichkeiten. Das ist meines Erachtens in den Nullerjahren richtig auf Touren gekommen und hat dann die beschriebenen Auswirkungen gezeitigt. Deshalb die These, dass der Gewinner dieses Prozesses von autoritärem Kapitalismus, sozialer Desintegrationsbefürchtung und Demokratieentleerung der Rechtspopulismus ist.

Ist der Durchbruch des Rechtspopulismus also das Resultat von Anonymität, Komplexität und Undurchschaubarkeit der Globalisierung, gepaart mit Aufmerksamkeitsdefiziten und Wahrnehmungsschwächen der – wenn man so will – »politischen Klasse« in den Nullerjahren? Oder profitiert er eher davon, dass es in der Politik keine großen Köpfe mehr gibt, keine Persönlichkeiten wie Adenauer, Brandt oder Kohl?

Das kann ich nicht beurteilen. Aber in den Nullerjahren ist meines Erachtens alles unter einen enormen Beschleunigungsdruck geraten durch die neuen Technologien. Dadurch hat sich die Komplexität der Abläufe dramatisch erhöht. Das ist Teil unseres Konstruktes der Demokratieentleerung. Gleichzeitig wurde auch von politischen Eliten so etwas wie Demokratiemäßigung, so hat das Habermas genannt, gefordert, um bestimmte Abläufe, Genehmigungsabläufe und dergleichen zu beschleunigen. Aber das sind so Dinge, dagegen helfen auch keine Köpfe. Das, was ich da besonders kritisiere, auch in diesen Jahren, ist, dass es nicht gelang, eine große Debatte anzustrengen, die sich mit den elementaren Fragen beschäftigt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben, wohin soll die Gesellschaft sich eigentlich entwickeln? Das wurde alles plattgebügelt. Ich habe den Eindruck, dass die politischen Eliten, und da sage ich jetzt wirklich mal: *die* politischen Eliten, dass sie Angst vor diesen Fragen hatten.

Die Nullerjahre bezeichnen also den Durchbruch der kurzfristigen Tagespolitik, die sich, anders als in früheren Dekaden, nicht mehr um Grundsatzfragen kümmert?

Ja, aber man sollte mit der Politikerbeschimpfung sehr vorsichtig umgehen. Dazu ist die demokratische Situation zurzeit viel zu labil. Die Politiker wurden natürlich auch selbst aufgefressen von diesen Prozessen, die dann nicht einfach mehr nur durch eine philosophische Bemerkung sozusagen wegzuwischen waren. Davor, vor dieser Beschleunigung und vor dieser wirklichen – Habermas wieder – »neuen Unübersichtlichkeit«, haben Menschen natürlich, jetzt sind wir wieder bei den Einstellungsmustern, sehr viel Angst. Sie wissen nicht, wohin es geht. Und dagegen können auch die politischen Führungen nicht oder zumindest nicht mehr so leicht angehen. Die alte Bundesrepublik, also bis 1990, war eine Aufstiegsstory mit dem erklärten Ziel, dass unsere Kinder es mal besser als wir haben sollten. Ulrich Beck hat dieses schöne Bild von den Aufzügen entwickelt. Es ging nach oben, auch wenn die Abstände gleichblieben. Der Unternehmer hatte plötzlich fünf Fernseher zu Hause und der Arbeiter zwei, aber immerhin auch zwei. Dieser Aufzug ist jedoch stecken geblieben, mehr noch: Es kommen Abstiegsprozesse dazu. Und das beunruhigt die Leute natürlich auch – vor allem, weil die Perspektiven der eigenen Kinder womöglich noch trüber, mindestens aber unsicherer sind. Nehmen Sie dieses verrückte Wissenschaftssystem mit diesen krankmachenden Kurzzeitverträgen, in denen kaum noch Aufstiegschancen vorhanden sind. Oder die völlig vernachlässigte Stadtentwicklung, namentlich den sozialen Wohnungsbau, eines der wirkungsvollsten Instrumente für sozialen Ausgleich und soziale Entwicklung, um das uns andere Länder lange

beneidet haben. Was ist passiert? Weg! Alles unter dem Stichwort der Neoliberalisierung der Märkte. Und daran sind selbst sozialdemokratische Führungen beteiligt gewesen – denken Sie nur an Schröders und Blairs Rede von einem Dritten Weg. Deregulierung und die daraus folgende Anomie sind die am stärksten bedrängenden Probleme. Und es gibt ja eine sehr einflussreiche amerikanische Theorie von Steven Messner und Richard Rosenfeld, die »Institutional Anomie Theory«, welche besagt – und das hat wieder mit dem autoritären Kapitalismus zu tun –, dass Prinzipien des Kapitalismus und der Wirtschaft, dass Nützlichkeit, Effizienz und dergleichen mehr immer stärker in die alltäglichen Lebensbereiche eindringen, die eigentlich nicht nach diesen Prinzipien organisiert sein dürften. In der Familie müsste eigentlich Liebe das zentrale Organisationsmoment sein, wenn man so will, und nicht Effizienz, Nützlichkeit und die Verwertbarkeit von Leistung. Es gibt – das haben wir ebenfalls untersucht – eine zunehmende Ökonomisierung des Sozialen. Das heißt, ich nehme meine Umwelt immer mehr unter diesen Kriterien wahr und beurteile Menschen oder Gruppen immer stärker nach diesen Kriterien.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das fatal – ein Begriff, der eine unglaubliche Karriere gemacht hat, der erst in den Nullerjahren auf gekommen ist und jetzt verstärkt auf die politische Agenda kommt. Immer, wenn ich diesen Begriff höre, gehen bei mir die Alarmsirenen an; denn was sozialer Zusammenhalt bedeuten soll, weiß eigentlich niemand in Zeiten von Individualisierungsprozessen. Ich habe den Eindruck, dass dies der letzte Alleskleber ist, also eine ideologische Formulierung, gerade auch bei politischen Eliten, wenn sie nicht weiterwissen. Aber wie soll Zusammenhalt funktionieren, wenn diese ganzen Prozesse weiterlaufen? Die eingesickerte Entscheidung im gesellschaftlichen Alltag ist das zentrale Signum der Nullerjahre.

Haben Sie positive Gegenvorschläge, wie man besser hätte reagieren können, wie man heute stattdessen reagieren müsste? Oder, eine etwas fatalistische Lesart: Muss man einfach sagen, die Zeit der goldenen dreißig Jahre ist vorbei, vor diesem Hintergrund ist nur noch Niedergang, den man allenfalls abfedernd verwalten kann?

Erstens bin ich natürlich kein Gesellschaftsarchitekt und zweitens steckt dahinter so ein bisschen die Frage: Was würden Sie tun, wenn Sie Bundeskanzler wären? Ich kann die Frage nicht beantworten, weil an vielen Stellen nicht einfach mit einem Schalter operiert werden kann. Es gibt dieses Phänomen der unbeabsichtigten Nebenfolgen; und die sind häufig sehr viel schlimmer als das, was man als Fehler sieht. Ein entscheidender Punkt ist, ob es nicht andere Formen der Information über die Entwicklungen durch die politischen Eliten für die Bevölkerung hätte geben müssen? Gibt es Alternativen?

Einer der schlimmsten Begriffe von Frau Merkel ist doch der Begriff des Alternativlosen. So ein Unsinn! Darüber sind Menschen zu Recht erbost, dass immer wieder Entscheidungen als alternativlos dargestellt werden. Dabei gibt es bei politischen Entscheidungen immer Alternativen. Diese müssen, selbst wenn sie nicht immer zielführender oder besser sind, wenigstens aufgezählt werden, um die Menschen mitzunehmen. Einige wollen nicht mitgenommen werden, das ist klar; aber ein Großteil will schon wissen, welche Optionen bestehen. Wenn dann mit so einem *Catch-All-Term* wie *alternativlos* operiert wird, muss man sich natürlich nicht mehr um die Vermittlung der Politik bemühen – allerdings um den Preis eines manifesten Vertrauensverlustes. Aber eine Musterlösung kann ich nicht anbieten, dazu ist es ja auch zu kompliziert. Die verschiedenen Prozesse laufen nicht alle in eine Richtung. Ich habe versucht, diese Kennzeichen, die Kontrollverluste der Politik gegenüber dem Finanzkapital und die Unkalkulierbarkeit der Weltmärkte, aufzufächern. Was 2008 ebenfalls noch eine wichtige Rolle neben der Finanzkrise spielte, war die Schuldenkrise. Die Summen für die Bankenrettung waren unvorstellbar. Das konnten die Menschen nicht mehr nachvollziehen, auch nicht die Diskrepanz zwischen einem Hartz-IV-Empfänger, der um fünfzig Cent feilschen musste, und den Banken, die mit enormen Summen gerettet wurden. Hier ist die Welt ziemlich aus den Fugen geraten, die politische Realität der Vorstellungs- und Erfahrungswelt der Menschen ein großes Stück entrückt.

Aber war die Krisendiskussion in Deutschland nicht eher eine Feuilletondebatte? Deutschland kam doch ausgesprochen gut durch diese Phase, vom »kranken Mann Europas« war mit Blick auf Deutschland vorher die Rede gewesen, heute gilt das Land als Wachstumsmotor und Exportweltmeister. Hatte das Gros der Bevölkerung insofern nicht eher den Eindruck, dass die Krise etwas war, was uns gar nicht betraf, sondern eher das Ausland?

Das ist die datengestützte Wahrnehmung, viele Einstellungsuntersuchungen verweisen auf das genaue Gegenteil. Das typische Muster ist: Mir geht es gut, aber der Gesellschaft geht es schlecht. Das ist die Wahrnehmung, dahinter steckt eine ganze Reihe von Abwehrmechanismen. Man muss gegenüber seiner Umwelt immer noch so tun, als wäre alles in Ordnung – auch dann, wenn das in Wirklichkeit möglicherweise gar nicht so ist. Das sind Schutzmechanismen. Die Debatte ist sicherlich auch in den Feuilletons geführt worden. Aber in der »Tagesschau« und in lokalen Medien wie der hiesigen *Neuen Westfälischen*, da stand die Information zum Ausmaß der Milliardenbeträge auf der einen Seite und die Diskussion über minimale *Peanuts* etwa bei Hartz IV auf der anderen Seite. Diese Informationen sind angekommen, das

nehmen die Leute wahr. Es wurde vielleicht in den Alltagsgesprächen keine Debatte darüber geführt, schlicht, weil sich die Summen und Prämissen für viele jenseits der eigenen Vorstellungskraft bewegten. Gerade dieses Nichtvorstellen-können hat im Übrigen, so glaube ich, die Distanz zur politischen Klasse drastisch erhöht. Ein Muster, das sich aktuell in den Debatten um die sogenannte Flüchtlingskrise wiederholt: Für die Flüchtlinge stehen Hunderte Millionen zur Verfügung, aber die Toiletten in unseren Schulen sind marode, die Straßen und die Bahnbrücken ebenfalls. Das ist für die Menschen keine Petitesse, ebenso wenig die Spreizung der Gerechtigkeitsschere, verbunden mit dem Gefühl, in Deutschland könne man sich vor dem Hintergrund all dieser Herausforderungen schwache Gruppen nicht mehr leisten. Hier sehen wir das Resultat der Verinnerlichung eines ökonomistischen Denkens. Deshalb haben die Leute geschlussfolgert: Also, wenn das so ist, dann kappen wir eben die Unterstützungsleistungen für schwache Gruppen, dann sollen die zusehen, wo sie bleiben. Diese Art von Unerbittlichkeit, von der vor allem die Rechtspopulisten profitieren, zog einfach so ein.

Wie erklärt man diesen Widerspruch zwischen dem Gefühl, es geht ungerecht zu, auch dem Eindruck der eigenen Unwirksamkeit bis hin zur Ausgrenzungswahrnehmung, und einer doch sehr breiten Zufriedenheit in den Umfragen? Ist das ein demoskopischer Widerspruch?

Das ist ein psychologischer Selbstschutzmechanismus. In einer Konkurrenzgesellschaft müssen alle immer erfolgreich sein. Ein *Loser* ist ein *Loser*. Wer stellt sich gerne als solcher dar? Wir sind zufrieden, weil wir was leisten, weil wir einen Status haben. Und im Hintergrund schlummert die Angst: Was wird aus unseren Kindern? Inzwischen weiß jeder, dass die Renten der nachfolgenden Generation niedriger sein werden, mit weitreichenden Folgen bis in die Stadtentwicklung hinein. Zuerst trifft es die sogenannten A-Gruppen: Arbeitslose, Alte, Ausländer, Alleinerziehende. Und in einem zweiten Schritt die Mittelschicht, die zumindest in den Ballungszentren einem enormen Preisdruck ausgesetzt ist und die deshalb die Fassade hochzieht. Dieser vermeintliche Widerspruch von gefühlter Einflusslosigkeit und hoher Zufriedenheit ist ein Schutzmechanismus. Ich glaube, wenn man sich mit dem Mechanismus vertraut macht, ist es mit den Zufriedenheitswerten nicht weit her.

Sie sind in den 1980er Jahren einer der Ersten, wenn nicht der Erste gewesen, der den Begriff der Parallelgesellschaft für die Wissenschaft fruchtbar gemacht hat ...

... also das kann ich Ihnen sagen, was ich damit schon alles erlebt habe! Das war in einer Untersuchung zum »verlockenden Fundamentalismus«.

Parallelgesellschaften bezogen sich bei Ihnen damals – und beziehen sich im Prinzip bis heute – im Wesentlichen auf Zuwanderergruppen. In einem der Bände der »Deutschen Zustände« schreiben sie aber von einer Abkopplung, einer, wenn man so will, Verparallelgesellschaftung auch der Eliten. Kann man insgesamt in Bezug auf die Nullerjahre von einer Tribalisierung der Gesellschaft sprechen – von einer wachsenden Binnenorientierung der jeweiligen Gesellschaftsgruppen und einem mindestens teilweisen Abbruch der Kommunikationskanäle zwischen ihnen?

Zunächst noch einmal zu dem Begriff der »Parallelgesellschaft«. Die Ergebnisse der Befragungen von türkischen Jugendlichen waren ganz deutlich: Je größer die Perspektiven für die türkischen Jugendlichen innerhalb der Gesellschaft waren, desto distanzierter standen sie radikalen Gruppen gegenüber, damals vor allem Millî Görüş; je weniger Perspektive sie hatten, desto mehr waren sie an der Rundumversorgung durch Millî Görüş interessiert. Das wollten aber die Migrationsforscher nicht wahrhaben – auch die verschiedenen Verbände und selbst die Islambeauftragte der Evangelischen Kirche nicht. Wenn wir nicht aufpassen und keine Perspektiven und Anerkennungsmöglichkeiten vor allem für die Jugendlichen bereithalten, dann führt dies auf Dauer in die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften herausbilden. Das war der Punkt. Das Konzept von Parallelgesellschaft ist aber nicht – und das wird heute immer noch übersehen, gerade von Politikern, die den Begriff völlig verhunzt, und von Wissenschaftlern, die ihn leichthändig diffamiert haben –, dass Menschen einfach nur anders leben. Nach meinem Verständnis gibt es mehrere Kriterien, die erfüllt sein müssen, ehe man wirklich von Parallelgesellschaft sprechen kann. Ein Punkt ist die Loyalität zur Herkunftsgesellschaft; dann die Frage der Separierung in Wohngebieten, verbunden mit einer Art eigener Gerichtsbarkeit innerhalb der Migrantenmilieus; und noch einiges mehr. Aber in der Tat ist die Durchlässigkeit unserer Gesellschaft drastisch gesunken. Das gilt sowohl für Aufstiegsprozesse als auch im Zusammenhang mit den verschiedenen Milieus. Der ursprüngliche Begriff der Parallelgesellschaft war auf die Migrantengruppen bezogen, da diese Abschließungsprozesse zum damaligen Zeitpunkt in der Mehrheitsgesellschaft längst nicht so ausgeprägt gewesen sind wie heute. Das heißt aber auch, dass es heute gesellschaftliche Verständigungsprozesse zwischen den unterschiedlichen Gruppen über deren Denken und Fühlen, die Ängste und Prioritäten immer weniger gibt. Diese spürbare Separierung ist keine ungefährliche Entwicklung.

Hat die Politik denn überhaupt die Möglichkeit, auf diese einzelnen Blasen einzuwirken? Ist das das Ende der Politik – oder der Parteien im klassischen Sinne, wie wir sie kennen?

Politik erreicht bestimmte Milieus gar nicht mehr. Und wir konnten auch feststellen, dass insbesondere diejenigen, die unter Desintegrationsdruck leiden, sich einfach aus dem politischen und demokratischen Prozess zurückgezogen haben. Diese sind zuletzt, das unterstreichen die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen, zum Teil durch die AfD reaktiviert worden. Aber nicht aus politisch-inhaltlicher Übereinstimmung, sondern aus dem Antrieb: »Denen wollen wir es zeigen«. Das ist natürlich auch eine politische Artikulationsform, aber eine andere als die gewohnte. Es ist die Welt der Wutbürger, die zu erreichen man kaum noch imstande ist. Insofern muss man wieder stärker lernen, mit der Heterogenität der Gesellschaft umzugehen. Das ist die eine Seite. Und die andere Seite ist, dass etwa die AfD und in Teilen auch die CSU die Frage der Homogenität wieder aufwerfen. Das ist eine gefährliche Angelegenheit. Homogene Gruppen sind immer gefährlich, weil sie sich wechselseitig hochschaukeln. Und deshalb ist Heterogenität so unglaublich wichtig, weil es durch sie überlappende Interessenlagen gibt, die dazu führen, dass man sich mit den jeweils anderen auseinandersetzen muss, statt die rechtspopulistische Einfachheit mit all ihren bedrohlichen Anleihen walten zu lassen.

Wie lässt sich denn die Gegenposition zum Rechtspopulismus formulieren? Kann nach Jahren der Sprachlosigkeit in den entsicherten Nullerjahren beispielsweise der linke Populismus eine Antwort liefern? Oder würde dies die von Ihnen beschriebenen Gefahren noch potenzieren?

Vielleicht müsste man einen anderen Begriff dafür finden. Denn der Rechtspopulismus behauptet ja: Wir sind das Volk. Wir wissen, wie das Volk denkt. Das kann sich eine linke Position als Entwicklungslösung eigentlich aus meiner Sicht gar nicht leisten; sondern sie muss näher ran. Und man muss den Konfliktbegriff aus dem destruktiven Wahrnehmungsraum herauslösen. Schließlich kommt eine moderne Gesellschaft ohne Konflikt gar nicht weiter. Denken Sie an die Konflikte um die grüne Bewegung, um die Frauenbewegung. Das waren alles Konflikte, die diese Gesellschaft auch freier gemacht haben. Und insofern lautet die Frage: Wie kommt man zu einem breiten Verständnis konstruktiver Konflikte, ohne mit dem Begriff des Linkspopulismus das Links-Rechts-Spektrum einfach nur umzudrehen. Ich hätte jedenfalls ein ungutes Gefühl dabei, den Anspruch der Rechtspopulisten, die Stimme des Volkes zu sein, einfach nur nach links zu wenden. Das wäre auch empirisch völliger Nonsens. Oder Volksverdummung von links.

Das Interview führten Matthias Micus und Marika Przybilla-Voß.



Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, geb. 1945, war Gründer und von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Seitdem arbeitet er dort als Senior Research Professor. 2008 gründete er das *International Journal of Conflict and Violence*, dessen Editor-in-Chief er bis 2014 war. Seine Forschungsinteressen zentrierten sich seit 35 Jahren auf Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Dabei spielte die Entwicklung der Theorie sozialer Desintegration und deren Überprüfung in verschiedenen sozialen Feldern eine zentrale Rolle.

INDES ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Walter, Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen.

Redaktion:

Dr. Felix Butzlaff, Dr. Lars Geiges, Julia Bleckmann, Jöran Klatt, Danny Michelsen, Dr. Robert Lorenz, Dr. Torben Lütjen.

Konzeption dieser Ausgabe: Jöran Klatt, Michael Lühmann.

Redaktionsleitung:

Dr. Matthias Micus (verantw. i. S. des niedersächsischen Pressegesetzes), Michael Lühmann, Marika Przybilla-Voß.

Redaktionsanschrift:

Redaktion INDES
c/o Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14, 37073 Göttingen,
redaktion@indes-online.de
Online-Auftritt:
www.indes-online.de

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an diese Adresse, möglichst per E-Mail. – Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt eingesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

INDES erscheint viermal jährlich. Bestellung durch jede Buchhandlung oder beim Verlag. Jahresbezugspreis € 71,- D / € 73,- A / SFr 88,90; ermäßigter Preis für Studierende/Auszubildende (gegen Bescheinigung, befristet auf drei Jahre) € 41,80 D / € 43,- A;

Einzelheftpreis € 20,- D / € 20,60 A.

Inst.-Preis € 135,- D / € 136,80 A.

Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten. Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht eine Abbestellung bis zum 1.10. erfolgt.

Verlag:

Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen.

Anzeigenverkauf: Anja Küttemeyer

E-Mail: v-r-journals@hgv-online.de (für Bestellungen und Abonnementverwaltung) oder
abo@indes-online.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

ISBN 978-3-647-80022-6

ISSN 2191-995X

© 2017 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Gestaltung, Satz und Lithografie:
SchwabScantechnik, Göttingen

BEBILDERUNG



Crisca Dünwald brennt für Farben, Formen und Schriften. Daher war es für sie eine große Freude, die Bebilderung der neuen *INDES*-Ausgabe zu übernehmen. Sie ist gelernte Mediengestalterin und studierte Werbung und Marktkommunikation in Stuttgart. Frei nach dem Motto »do more of what makes you happy« erfüllte sie sich in diesem Jahr einen Herzenswunsch und machte sich mit ihrem eigenen Gestaltungs-Atelier selbstständig. Ihre Mission ist es, Dinge zu verändern und dabei die unterschiedlichsten Gestaltungsprojekte in die Tat umzusetzen. Die hier abgebildete Bilderreihe entstand eigens für die *INDES*-Ausgabe 3/2017. Durch den Einsatz unterschiedlicher Typografie hat sie die Themen der einzelnen Artikel aufgegriffen und grafisch umgesetzt.

www.picri.de

BILDRECHTE

Porträt Luise Stoltenberg: Elena Beregow.

Porträt Alexa Hennig von Lange: Gene Glover.

Porträt Helmut Lethen: Mimi Pötz.

Illustration »Superhelden« S. 80; Bildmaterial: mariamichelle@pixabay.com

Illustration »Wellen« S. 96; Bildmaterial: hans@pixabay.com